

Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel



Europabericht 10/2008  
vom 30.05.2008

**EUROPABERICHT NR.: 10/2008**  
Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Geschäftsbereich      Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

**WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 19.-22.05. 2008 IN STRASBURG**

Gegenstand der Hauptplenardebatte und nachfolgender Entschlüsse war der Klimawandel, wo aus Sicht des EP die Zeit zum Handeln gekommen ist, sowie eine kritische Einschätzung der Beitrittsfortschritte der Türkei im Jahr 2007. Im außenpolitischen Bereich übte das EP einerseits scharfe Kritik an der birmanischen Staatsführung und drückte andererseits seine Anerkennung über die rasche Reaktion der chinesischen Behörden im Hinblick auf die dortigen Naturkatastrophen aus. Weiter wurde die Lösung der politischen Krise im Libanon begrüßt. Das EP verabschiedete außerdem seinen Tagungskalender für 2009.

Im gesetzgeberischen Bereich forderte das EP im Rahmen eines Initiativberichts gegen die Stimmen der EVP Fraktion eine "umfassende Richtlinie" gegen Diskriminierung. Nach vorheriger Einigung mit dem Rat in 1. Lesung werden die Mitgliedstaaten erstmalig durch EU Recht verpflichtet, strafrechtliche Sanktionen, im konkreten Fall bei der Schädigung der Umwelt, zu ergreifen. Ebenfalls nach vorangegangener Einigung mit dem Rat wurde in 2. Lesung ein Exportverbot für Quecksilber und Quecksilberverbindungen ab dem 15.03.2011 sowie in 1. Lesung ein europaweiter Zugang zu Satellitenmobilfunkdiensten beschlossen. In 1. Lesung stimmte das EP auch über 2 Verordnungen zu Neuregelungen im Kraftverkehr ab. In einem weiteren Initiativbericht forderte das EP eine neue EU-Tiergesundheitsstrategie und im Konsultationsverfahren die Überarbeitung der beschäftigungspolitischen Leitlinien (s. zu den einzelnen Themen auch die Beiträge der Ressorts).

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous\\_les\\_briefing/default/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous_les_briefing/default/default_de.htm)

[http://www.europarl.europa.eu/eplive/expert/multimedia/20080521MLT29537/media\\_20080521MLT29537.pdf](http://www.europarl.europa.eu/eplive/expert/multimedia/20080521MLT29537/media_20080521MLT29537.pdf)

**EP: WESENTLICHE ERGEBNISSE DER MINIPLNARSITZUNG VOM 07./08.05.2008 IN BRÜSSEL**

In der Plenartagung befasste sich das EP mit der Menschenrechtslage in der Welt und der EU-Menschenrechtspolitik sowie mit den EU Wahlbeobachtungsmissionen. Weiterhin sprach sich

das EP für ein verpflichtendes EU-Lobbyisten Register aus (s. EB 07/08) und gab eine Stellungnahme zur Rolle des Sports in der EU ab. Zudem sprach sich das EP für eine Intensivierung der Beziehungen zu dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) aus (s. zu den einzelnen Themen auch die Berichte der Ressorts).

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/briefing\\_page/28221-128-05-19-20080430BRI28006-07-05-2008-2008/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/briefing_page/28221-128-05-19-20080430BRI28006-07-05-2008-2008/default_de.htm)

<http://www.ec.europa.eu/transparency>

### **OMBUDSMANN KRITISIERT KOMMISSION WEGEN SPRACHENDISKRIMINIERUNG**

Der Europäische Ombudsman, P. Nikiforos Diamandouros, hat am 27.05.2008 auf Beschwerde einer deutschen Nicht-Regierungsorganisation (NGO) die Europäische Kommission kritisiert, weil sie Bewerbungen für ein Rehabilitations-Projekt für Folteropfer nur in Englisch, Französisch oder Spanisch akzeptiert hat.

<http://www.ombudsman.europa.eu/decision/de/050259.htm>

<http://www.ombudsman.europa.eu>

### **BARCELONA-PROZESS: UNION FÜR DEN MITTELMEERRAUM**

Die Europäische Kommission hat auf der Basis des Beschlusses des Europäischen Rates vom 13./14.05. 2008 am 20.05.2008 ihre institutionellen und inhaltlichen Vorschläge zur Aufwertung der Beziehungen zwischen der EU und ihren Mittelmeerpartnerländern im Rahmen der Initiative „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ vorgelegt. Die Initiative geht auf Vorschläge des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy zurück, die sich jedoch nur teilweise in den Vorstellungen der Kommission widerspiegeln. Er konnte sich insbesondere nicht mit seiner Forderung nach der Übernahme des Vorsitzes für zwei Jahre durchsetzen. Die Mittelmeerunion soll am 13. Juli 2008 auf einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs aller beteiligten Staaten in Paris aus der Taufe gehoben werden. Die EU wird die Vorschläge zuvor auf dem Europäischen Rat am 19./20.06.2008 beraten.

[http://ec.europa.eu/external\\_relations/euromed/index.htm](http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/index.htm)

## **EU/RUSSLAND: WEG FREI FÜR NEUES PARTNERSCHAFTSABKOMMEN**

Der Außenministerrat hat am 26.05.2008 in Brüssel nach anderthalb Jahren Stillstand ein Mandat für ein neues Partnerschaftsabkommen für die Verhandlungen beim EU-Russland Gipfel im Juni in Sibirien beschlossen.

[http://www.eu2008.si/en/News\\_and\\_Documents/Press\\_Releases/May/0526MZZ\\_GAERC\\_Rusija.html](http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Press_Releases/May/0526MZZ_GAERC_Rusija.html)

Geschäftsbereich      Staatsministerium des Inneren

## **WEITERRINGEN UM KOMPROMISS ZUR RÜCKFÜHRUNGSRICHTLINIE**

Nachdem der AStV am 07.05.2008 überraschend dem Kompromiss zwischen EP, Ratsvorsitz und Kommission nicht zustimmte, gelang am 22.05.2008 doch noch eine Einigung der Mitgliedstaaten. Dies wird aber nicht genügen, um die Zustimmung des EP zu sichern. Im EP-Innenausschuss fand ein neuer Kompromissvorschlag von Berichterstatter *Manfred Weber* Unterstützung. Sollte der Rat darauf eingehen, bestehen Chancen, im EP-Plenum eine Mehrheit zu finden.

## **KONFERENZ DER EVP-FRAKTION ZUR EU-INNENPOLITIK MIT BARROT UND SCHÄUBLE**

Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament hat eine Konferenz zu aktuellen Fragen der EU-Innenpolitik durchgeführt. Bei der vom bayerischen Abgeordneten und EVP-Koordinator für Innenpolitik, *Manfred Weber*, organisierten Veranstaltung sprachen Kommissionsvizepräsident *Jacques Barrot*, Generaldirektor *Jonathan Faull*, der stellvertretende slowenische Innenminister, Bundesinnenminister *Dr. Wolfgang Schäuble*, EUROPOL-Direktor *Max-Peter Ratzel*, FRONTEX-Direktor *Ilkka Laitinen* und EU-Antiterrorkoordinator *Gilles de Kerchove*.

## **KOMMISSION SCHLÄGT NEUE BAUPRODUKTENVERORDNUNG VOR**

Die Kommission hat vorgeschlagen, die 20 Jahre alte Bauproduktenrichtlinie durch eine Bauproduktenverordnung zu ersetzen. Dem unter Federführung von Vizepräsident *Verheugen* erarbeiteten Vorschlag gingen Konsultationen voraus, an denen sich auch das Bayerische Staatsministerium des Innern beteiligte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/795&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/342&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **EINIGUNG ÜBER ENTSCHÄRFTE RICHTLINIE ZUM SCHUTZ KRITISCHER INFRASTRUKTUREN**

Die Mitgliedstaaten haben einen konsensfähigen Text für die Richtlinie über die Ermittlung und Ausweisung kritischer europäischer Infrastrukturen gefunden, der beim Ji-Rat am 05./06.06.2008 als politische Einigung bestätigt werden soll. Er ist ein Minimalkonsens, der deutlich hinter dem Vorschlag der Kommission zurückbleibt.

## **DIALOG MIT „WESTBALKAN“-STAATEN ÜBER VISABEFREIUNG**

Dank der seit 01.01.2008 geltenden Visaerleichterungsabkommen mit Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien sind heute 80 % der Visaantragsteller aus diesen Staaten von Gebühren befreit. Als nächsten Schritt im Rahmen der Bemühungen, den Ländern eine europäische Perspektive zu geben, führt die Kommission Gespräche über eine generelle Visafreiheit. Kommissionsvizepräsident Barrot übergab dazu Fahrpläne mit Forderungen zu Dokumentensicherheit, Grenzschutz, Maßnahmen gegen illegale Einwanderung, Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption sowie Einhaltung der Grundrechte.

## **RAT NIMMT WEITERE RECHTSAKTE OHNE DEBATTE FÖRMLICH AN**

- Einrichtung eines europäischen Migrationsnetzes (ABI L 131 v. 21.05.2008, S. 7)
- Richtlinie über die Kontrolle des Erwerbs und Besitzes von Waffen (noch nicht veröffentlicht).

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz

## **HYPOTHEKARKREDITE: SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES ZUM WEIßBUCH – MCCREEVY: KEIN VORGEHEN DER EU BEIM KREDITVERKAUF**

1. Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates zum Weißbuch Hypothekarkredite

Der Rat Wirtschaft und Finanzen hat am 14.5.2008 ohne inhaltliche Debatte das von der Kommission vorgelegte Weißbuch über die Integration der EU-Hypothekarkreditmärkte begrüßt.

2. Kommissar Mc Creevy nimmt zur deutschen Debatte um Kreditverkäufe Stellung

Kommissar Mc Creevy sieht keine Notwendigkeit, auf EU-Ebene gegen den Verkauf von nicht notleidenden Immobiliarkrediten vorzugehen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2008-0452&language=DE>

## **PLENARSITZUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS IN STRAßBURG**

### **1. Richtlinie zum Umweltstrafrecht**

Das Europäische Parlament hat in erster Lesung am 21.5.2008 die Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0215+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-4>

### **2. Verbraucherpolitische Strategie**

In der am 20.5.2007 verabschiedeten Entschließung zur „Verbraucherpolitischen Strategie der EU (2007 – 2013)“ befasst sich das EP u.a. mit den Überlegungen der Kommission zur Einführung von verbraucherrechtlichen Sammelklagen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0211+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **3. Vereinfachtes Unternehmensumfeld**

Das Europäische Parlament hat am 21.5.2008 seine Entschließung zum „Vereinfachten Unternehmensumfeld in den Bereichen Gesellschaftsrecht, Rechnungslegung und Abschlussprüfung“ angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0220+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **EUROPÄISCHES GESELLSCHAFTSRECHT: NEUES AUS KOMMISSION, PARLAMENT UND LUXEMBURG**

### **1. Entwurf des EPG-Statuts für Anfang Juli 2008 angekündigt**

Kommissar Charlie Mc Creevy kündigte an, dass die Kommission Anfang Juli einen Gesetzentwurf zur Europäischen Privatgesellschaft (EPG) vorlegen wird.

### **2. Neue Entwicklungen bei der Sitzverlegung von Gesellschaften**

In der Rechtssache Cartesio (C-210/06) hat Generalanwalt Miguel Poiares in seinen Schussanträgen empfohlen, die Verlegung des faktischen (operativen) Sitzes von Gesellschaften weiter zu liberalisieren. Im EP gibt es Überlegungen, die Sitzverlegungsrichtlinie wieder aufzugreifen.

## **STATISTIK ZUR ZOLLBESCHLAGNAHME 2007 WEIST BESORGNISERREGENDE ZUNAHME BEI MEDIKAMENTENFÄLSCHUNGEN AUS**

Die jüngsten von der Europäischen Kommission veröffentlichten Statistiken zur Produktfälschung und Produktpiraterie zeigen eine im Vergleich zum Vorjahr stark erhöhte Zolltätigkeit; auffallend ist die Zunahme gefälschter Medikamente, Kosmetikprodukte und Spielzeuge.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/customs/customs\\_controls/counterfeit\\_piracy/statistics/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/customs/customs_controls/counterfeit_piracy/statistics/index_de.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

## **EUGH BESTÄTIGT DEUTSCHE GESETZE ZUR BERÜCKSICHTIGUNG VON VERLUSTEN AUS EINER BETRIEBSSTÄTTE IN ANDEREM MITGLIEDSTAAT**

Der EuGH hat in dem Vorabentscheidungsverfahren C-414/06 (Lidl Belgium GmbH & Co. KG) mit Urteil vom 15. Mai 2008 entschieden, dass es der Niederlassungsfreiheit nach Art. 43 EGV nicht entgegensteht, wenn eine in einem Mitgliedstaat ansässige Gesellschaft nicht die Verluste einer in einem anderen Mitgliedstaat gelegenen Betriebsstätte geltend machen kann, sofern nach einem Doppelbelastungsabkommen (DBA) die Einkünfte dieser Betriebsstätte im letztgenannten Mitgliedstaat besteuert werden und Verluste dieser Betriebsstätte in künftigen Steuerzeiträumen dort berücksichtigt werden können.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

## **WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 14. MAI 2008**

Der Ecofin-Rat befasste sich am 14. Mai 2008 insbesondere mit Finanzdienstleistungsfragen und steuerpolitischen Themen. Er einigte sich auf Schlussfolgerungen zu Verbesserungen der Aufsicht über grenzüberschreitend tätige Finanzinstitute, zu Erwerb und Vermittlung von Finanzwissen und zum Weißbuch der Kommission über Hypothekarkredite sowie zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in den Bereichen Sozialtransfers und Bildung.

## **KONSULTATION ZUR ÜBERARBEITUNG DER BESCHLÜSSE ÜBER AUFSICHTSBEHÖRDLICHE AUSSCHÜSSE**

Die Kommission hat am 23. Mai 2008 eine Konsultation zu etwaigen Änderungen bei den Beschlüssen der Kommission zur Einsetzung des Ausschusses der europäischen Wertpapierregulierungsbehörden (CESR), des Ausschusses der europäischen

Bankaufsichtsbehörden (CEBS) und des Ausschusses der Aufsichtsbehörden für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (CEIOPS) eingeleitet. Die Kommission möchte bei den Aufgaben dieser Ausschüsse für größere Kohärenz und Klarheit sorgen, deren Kompetenzen stärken und sicherstellen, dass sie zur Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden und zu konvergenten Aufsichtspraktiken in der EU sowie zur Erhaltung eines stabilen Finanzsystems beitragen.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/finances/committees/index\\_en.htm#review](http://ec.europa.eu/internal_market/finances/committees/index_en.htm#review)

### **STUDIE ZUR FINANZIELLEN AUSGRENZUNG**

Wie aus einer von der Kommission am 28. Mai 2008 vorgelegten Studie hervorgeht, droht Millionen von EU-Bürgern die soziale Ausgrenzung, weil sie keinen Zugang zu einem Bankkonto haben (siehe hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMAS in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/spsi/events\\_en.htm#financial\\_exclusion](http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/events_en.htm#financial_exclusion)

### **KOMMISSION VERWARNT FRANKREICH WEGEN HAUSHALTSPOLITIK**

Die Kommission hat am 28. Mai 2008 eine Empfehlung zur französischen Haushaltspolitik wegen des stetig steigenden Haushaltsdefizits abgegeben, in der Frankreich verwarnt wird.

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/thematic\\_articles/article12640\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article12640_en.htm)

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### **BERATUNGEN ZUM DRITTEN ENERGIEBINNENMARKTPAKET IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT SCHREITEN VORAN**

Nach dem sich der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments am 06.05.2008 knapp gegen die Einbeziehung des u. a. von Deutschland und Frankreich vorgeschlagenen sog. „dritten Wegs“ im Bereich des Elektrizitätsmarkts ausgesprochen hat, gab der Ausschuss am 19.05.2008 dem Gasbereich für einen leicht modifizierten „dritten Weg“ seine Unterstützung. Sie stimmten in diesem Bereich gegen den Vorschlag der Kommission, Gaserzeugung, -leitung und -speicherung auf verschiedene Unternehmen aufzuspalten. Darüber wie der „dritte Weg“ im Detail aussehen soll, konnte im Ausschuss aber noch keine Einigung erzielt werden, weshalb die Schlussabstimmung über den Richtlinienvorschlag zum Gasmarkt auf den 05.06. vertagt wurde. Im Bereich Elektrizität und Gas verwarf der Industrieausschuss die Vorschläge der Kommission

ihr im sog. „Komitologie-Verfahren“ weitgehende Regelungen Regelungsbefugnisse zu übertragen.

Am 28.05.2008 hat sich der Industrieausschuss in Bezug auf die Kompetenzen einer EU-Energieagentur dafür ausgesprochen, dass diese entgegen des Vorschlags der Kommission weitreichende Entscheidungsbefugnisse erhalten solle.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/publicationsCom.do?language=EN&body=ITRE>

### **KOMMISSION LEGT VERORDNUNGSENTWURF FÜR DIE TYPGENEHMIGUNG VON KRAFTFAHRZEUGEN HINSICHTLICH IHRER ALLGEMEINEN SICHERHEIT VOR**

Die Europäische Kommission hat am 23.05.2008 einen Verordnungsentwurf vorgelegt, nach dem alle neuen PKW ab 2012 mit einem elektronischen Stabilitätsprogramm (ESP) ausgerüstet sein müssen. Außerdem soll die Ausrüstung von Nutzfahrzeugen mit einem vorausschauenden Notbremssystem und einem Spurhalteassistenten ab 2013 Pflicht sein. Gleichzeitig schlägt die Kommission die verpflichtende Ausrüstung von Kfz mit rollwiderstandsarmen Reifen vor. Weiter sollen die Kfz mit Reifendrucküberwachungssystem ausgerüstet werden. Mit beiden Maßnahmen ließen sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen um bis zu 7 g/km senken. Im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung sollen mit der Verordnung mehr als 150 bestehende Richtlinien aufgehoben und durch die Verordnung ersetzt werden. Die Verordnung gilt unmittelbar in allen EU-Mitgliedstaaten und verweist für Einzelheiten auf harmonisierte Regelungen der Vereinten Nationen.

[http://ec.europa.eu/enterprise/automotive/safety/new\\_package.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/automotive/safety/new_package.htm)

### **KOMMISSION SCHLÄGT VERORDNUNG ZUR NOVELLIERUNG DER BAUPRODUKTEN-RICHTLINIE VOR**

Die Europäische Kommission hat am 26.05.2008 ihren Verordnungsvorschlag zur Ersetzung der Bauprodukten-Richtlinie (89/106/EWG) vorgelegt. Mit der Verordnung sollen die verbliebenen rechtlichen und technischen Behinderungen des freien Verkehrs von Bauprodukten in der EU beseitigt werden. Es soll eine einheitliche Sprachregelung angestrebt werden, so dass sich Architekten, Bauherren oder Behörden leichter über die angebotenen Produkte auf dem Markt informieren können. Außerdem sollen die Verfahren für die CE-Kennzeichnung klarer geregelt werden, was den Herstellern Kosten ersparen und gleichzeitig sicherstellen soll, dass die den Produkten beigefügte Leistungserklärung aussagekräftig und zutreffend ist. Es sind besondere Ausnahmen für Kleinstunternehmen vorgesehen. Im Einzelnen siehe Bericht im Zuständigkeitsbereich des StMI.

[http://ec.europa.eu/enterprise/construction/cpdrevision/cpd\\_revision\\_intro\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/construction/cpdrevision/cpd_revision_intro_en.htm)

### **EUGH ENTSCHEIDET ÜBER ZUGANG ZU BETRIEBSINTERNEN STROMNETZEN**

Der Europäische Gerichtshof hat am 22.05.2008 entschieden, dass auch zu sog. betriebsinternen Stromnetzen, die z. B. einen Flughafen versorgen, verschiedenen Stromlieferanten Zugang zum Netz gewährt werden muss. Das deutsche Energiewirtschaftsgesetz, das in diesem Punkt eine Ausnahme vorsieht, ist in diesem Punkt nicht mit EU-Recht vereinbar. Insbesondere beanstanden die Richter den § 110 Abs. 1 Nr. 1 des Energiewirtschaftsgesetzes.

<http://curia.europa.eu/> unter Rechtssache C-439/06

### **EUROPÄISCHES PARLAMENT ENTSCHEIDET ÜBER NEUE REGELUNGEN IM KRAFTVERKEHR**

Das Europäische Parlament hat am 21.05.2008 zwei Verordnungen zur „Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers“ sowie zum „Zugang zum Güterkraftverkehrsmarkt“ in erster Lesung verabschiedet. Damit stimmte es für eine vollständige Liberalisierung der sog. Kabotage ab 2014 und für die Einführung nationaler elektronischer Register bis 1. Januar 2010. Die Abstimmung über die Verordnung zum Zugang zum Personenverkehr wurde vertagt.

Bericht *Grosch*:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A6-2008-0038&language=EN&mode=XML>

Bericht *Ticau*:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A6-2008-0087&language=EN&mode=XML>

### **KOMMISSION VEREINFACHT BEIHILFEREGELN INSBESONDERE FÜR KMU**

Die Europäische Kommission hat am 20.05.2008 eine neue Mitteilung über staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften („Garantien“) verabschiedet. Die Mitteilung soll klarere Methoden zur Berechnung des Beihilfeelements einer Garantie enthalten.

[http://ec.europa.eu/comm/competition/state\\_aid/reform/guarantee\\_notice\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/reform/guarantee_notice_de.pdf)

### **RAT VERABSCHIEDET RICHTLINIE ZUR INTEROPERABILITÄT VON SCHIENENSYSTEMEN**

Der Verkehrsministerrat hat am 14.05.2008 den Richtlinienvorschlag über die Interoperabilität des Schienennetzes verabschiedet. Die Richtlinie gehört zum sog. Eisenbahn-Paket. Sie legt fest,

unter welchen Bedingungen in der EU produzierte Zuggarnituren in Verkehr gebracht werden können. Der Text des Rates berücksichtigt die Ergebnisse der Parlamentsabstimmung vom 11.12.2007

### **EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT GLOBALE, SEKTORBEZOGENE KLIMAVEEINBARUNGEN**

In einer Entschließung zur nachhaltigen Industriepolitik hat das Europäische Parlament 22.05.2008 globale, sektorbezogene Vereinbarungen über den Kohlendioxidausstoß gefordert, um die Abwanderung energieintensiver Industriebetriebe aus der EU wegen strenger Klimaschutzauflagen zu vermeiden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A6-2008-0167&language=EN&mode=XML>

### **EP-BINNENMARKTAUSSCHUSS SETZT SICH FÜR WASSERSTOFFANTRIEB IN PKW EIN**

Der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments hat am 27.05.2008 einstimmig den Bericht von *Anja Weisgerber* (EVP-ED/D) zu den Typgenehmigungen von Kraftfahrzeugen mit Wasserstoffantrieben angenommen. Mit dem Verordnungsvorschlag möchte die Kommission mit einheitlichen Zulassungskriterien die politischen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Wasserstoff als Antrieb erleichtern. Da wasserstoffbetriebene Fahrzeuge bislang nicht in das EG-Typgenehmigungssystem einbezogen sind, besteht die Gefahr, dass die Mitgliedstaaten individuelle Zulassungsbedingungen festlegen, die zu hohen Kosten und Risiken führen können und damit die Verbreitung dieser Technologie behindern.

### **KOMMISSION VERABSCHIEDET MITTEILUNG ZUM BEITRAG VON INFORMATIONEN- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN ZUR ENERGIEEFFIZIENZ**

Die Kommission hat am 13.05.2008 eine Mitteilung zum möglichen Beitrag von Informations- und Kommunikationstechnologien zur Erhöhung der Energieeffizienz verabschiedet. Am 20.05.2008 hat sie eine öffentliche Anhörung zu diesem Thema veröffentlicht. Interessierte Kreise können bis zum 21.07.2008 online ihre Stellungnahme abgeben. Beide Dokumente sind lediglich auf Englisch verfügbar.

Bericht:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/sustainable\\_growth/docs/com\\_2008\\_241\\_1\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/activities/sustainable_growth/docs/com_2008_241_1_en.pdf)

Konsultation:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=ICT4EE>



Zulassung eines Verfahrens, das in den USA bei der Schlachtung von Geflügel angewandt wird. Dabei werden die Schlachtkörper von Geflügel in einem Chlorbad desinfiziert (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUGV in diesem EB).

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/agricult/100468.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/100468.pdf)

### **KOMMISSION STELLT MITTEILUNG FÜR MÖGLICHE POLITISCHE MAßNAHMEN ZUR MILDERUNG DER FOLGEN DER WELTWEIT STEIGENDEN LEBENSMITTELPREISE VOR**

Am 20. Mai hat die Kommission eine Mitteilung vorgelegt, in der die Ursachen für die steigenden Lebensmittelpreise analysiert und eine „Drei-Punkte-Strategie“ für die Milderung der Folgen vorgestellt werden. In der Strategie werden kurz- und langfristige Maßnahmen vorgeschlagen und ein international abgestimmtes Vorgehen angekündigt. Verantwortlich für den Anstieg der Lebensmittelpreise sind sowohl temporäre Ursachen, z. B. Missernten, niedrige Lagerbestände, Abwertung des US-Dollars, Spekulation und Ausfuhrbeschränkungen, als auch strukturelle Einflüsse, z. B. weltweit höhere Nachfrage, Bevölkerungswachstum und steigende Energiepreise.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/763&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KONSULTATION ZUM SYSTEM DER FÖRDERUNG VON BENACHTEILIGTEN GEBIETEN**

Die Europäische Kommission hat eine Konsultation zum System der Förderung von benachteiligten Gebieten ins Leben gerufen. Diese läuft bis zum 30. Juni 2008. Hintergrund der Konsultation ist, dass die Abgrenzung der benachteiligten Gebiete neu gefasst werden soll. Vorschläge hierzu sollen im Herbst vorgelegt werden.

[HTTP://EC.EUROPA.EU/AGRICULTURE/CONSULTATIONS/LFA/INDEX\\_EN.HTM](HTTP://EC.EUROPA.EU/AGRICULTURE/CONSULTATIONS/LFA/INDEX_EN.HTM)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **ANTIDISKRIMINIERUNG: EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT KOMMISSION ZUR VORLAGE EINER „UMFASSENDEN RICHTLINIE“ AUF**

Das Europäische Parlament (EP) hat am 20. Mai 2008 bei seiner Plenarsitzung mit 362:262:56 Stimmen den (nicht-legislativen) Initiativbericht über „Fortschritte in Bezug auf Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung in der EU“ verabschiedet. Damit schloss sich die Mehrheit der Abgeordneten der Forderung der britischen Berichterstatterin Liz Lynne (ALDE) an, die mit Blick auf die von der Kommission angekündigte EU-Richtlinie zur Anwendung des

Gleichbehandlungsgrundsatzes außerhalb der Beschäftigung einen horizontalen Ansatz gefordert hatte, der die Merkmale Behinderung, Alter, sexuelle Orientierung und Religion umfassen solle (s. EB 2, 5, 7/2008). Der EP-Bericht könnte Einfluss auf die im Rahmen des sog. „Sozialpakets“ geplante Vorlage einer weiteren, fünften EU-Richtlinie im Bereich Antidiskriminierung haben.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A6-2008-0159+0+DOC+XML+V0//DE>

#### **FLEXICURITY: KOMMISSION STARTET „MISSION“ – EP-BERICHT ZU BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHEN LEITLINIEN ANGENOMMEN**

Die im Januar 2008 initiierte „Mission for Flexicurity“ (s. EB 3/2008) hat die EU-Kommission am 19. Mai 2008 auf den Weg gebracht. Ziel der „Mission“ ist es, in den Mitgliedstaaten für den von der Kommission vorgeschlagenen Flexicurity-Ansatz zu werben, der Arbeitsmarktflexibilität und Beschäftigungssicherheit miteinander in Einklang bringen soll. Der Abschlussbericht soll den Ministern für Beschäftigung im Dezember 2008 vorgelegt werden. Gleichzeitig hat das Europäische Parlament eine weitere Überarbeitung der Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen gefordert und am 20. Mai 2008 eine entsprechende Entschließung angenommen.

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/employment\\_strategy/flex\\_mission\\_de.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/employment_strategy/flex_mission_de.htm)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0207+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

#### **AKTIVE EINGLIEDERUNG: KOMMISSION STELLT BERICHT ZUR SOZIALEN LAGE UND STUDIE ZUR FINANZIELLEN AUSGRENZUNG VOR**

Die EU-Kommission hat am 28. Mai 2008 eine Studie über die finanzielle Ausgrenzung vorgestellt. Danach sind Millionen von Menschen zunehmend von sozialer Ausgrenzung bedroht, weil sie keinen Zugang zu elementaren Finanzdienstleistungen haben. Zwei von zehn Erwachsenen der EU-15 besitzen kein Girokonto und rund jeder dritte keine Sparrücklagen. In den Mitgliedstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind, hat der Untersuchung zufolge fast jeder zweite kein Bankkonto. Zudem stellte die Kommission am 22. Mai 2008 den jährlichen Bericht zur sozialen Lage vor und setzte am 16. Mai 2008 den traditionellen Dialog mit Menschen, die von Armut betroffen sind, fort (siehe hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMF in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/emplweb/news/news\\_de.cfm?id=406](http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/news/news_de.cfm?id=406)

## **EUROSTAT: STABILES BESCHÄFTIGUNGSWACHSTUM, JEDOCH ANZEICHEN EINER ABSCHWÄCHUNG AUF DEN ARBEITSMÄRKTEN**

Untersuchungen der EU-Statistikbehörde Eurostat zufolge ist der Arbeitsmarkt in der EU immer noch stabil. Gleichzeitig gebe es jedoch Anzeichen einer Abschwächung, wie aus dem vierteljährlichen Arbeitsmarktrückblick hervorgeht, den die EU-Kommission am 19. Mai 2008 vorlegte. Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich danach bis Ende 2007 im Jahresvergleich um 3,3 Millionen erhöht und damit 224,5 Millionen erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen in der EU ist bis zum Ende des ersten Quartals 2008 auf 16,1 Millionen gesunken. Die Arbeitslosenquote sank vom ersten Quartal 2007 bis zum ersten Quartal 2008 von 7,4 auf 6,7 Prozent. Deutschland hat nach Angaben der Kommission Ende 2007 die angestrebte EU-Beschäftigungsquote von 70 Prozent erreicht.

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/employment\\_analysis/quarterly\\_de.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/employment_analysis/quarterly_de.htm)

## **RÜCKFÜHRUNGSRICHTLINIE: WEITER RINGEN UM KOMPROMISS**

Nachdem der AStV am 7. Mai 2008 überraschend dem Kompromiss zwischen EP, Ratsvorsitz und Kommission nicht zugestimmt hatte, gelang am 22. Mai 2008 doch noch eine Einigung. Dies wird aber nicht genügen, um die Zustimmung des EP zu sichern. Im EP-Innenausschuss fand ein neuer Kompromissvorschlag von Berichterstatter Manfred Weber Unterstützung. Sollte der Rat darauf eingehen, bestehen Chancen, im EP-Plenum eine Mehrheit zu finden (s. auch Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMI in diesem EB).

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Unterricht und Kultus

## **BILDUNG: ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATES AM 22.05.2008**

Die Bildungsminister der EU-Mitgliedstaaten haben u. a. eine allgemeine Ausrichtung zum Kommissionsvorschlag für die Schaffung eines Europäischen Jahres der Kreativität und Innovation 2009 sowie Schlussfolgerungen des Rates zur Mehrsprachigkeit und zur Erwachsenenbildung angenommen und einen Meinungs austausch zur Förderung von Kreativität und Innovation in der allgemeinen und beruflichen Bildung geführt. Bildungskommissar *Figel* stellte kurz die Empfehlungsentwürfe der Kommission zu einem Europäischen Kreditpunktesystem (ECVET) sowie zur Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung vor. Deutschland wurde durch den Parlamentarischen Staatssekretär im BMBF *Storm* und die Bundesratsvertreterin Ministerin *Erdsiek-Rave* (SH) vertreten.

## **JUGEND: ERGEBNISSE DES JUGENDMINISTERRATES AM 22.05.2008**

Die europäischen Jugendminister haben eine EntschlieÙung über die Beteiligung junger Menschen mit geringeren Möglichkeiten gefasst und eine Information der belgischen Delegation zu sog. Moskitos (Ultraschall-Störsender) zur Kenntnis genommen. Deutschland wurde vertreten durch den Staatssekretär im BMFSFJ *Hoofe*.

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

## **FORSCHUNG: VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR PARTNERSCHAFT FÜR DIE FORSCHER**

Die Kommission schlägt in ihrer Mitteilung „Bessere Karrieremöglichkeiten und mehr Mobilität: eine europäische Partnerschaft für die Forscher“ den Mitgliedstaaten eine Partnerschaft vor, die weitreichende Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Absicherung der Forscher vorsieht.

[http://ec.europa.eu/research/press/2008/pdf/com\\_2008\\_31\\_1\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/research/press/2008/pdf/com_2008_31_1_de.pdf)

## **ZUNEHMENDE INTERNATIONALISIERUNG DER HOCHSCHULEN**

Das von der Europäischen Union ausgerichtete Erasmus-Programm zur Förderung der europaweiten Mobilität und Zusammenarbeit im Hochschulbereich weist einen Rekord an Teilnehmeranzahl und Finanzvolumen auf.

<http://eu.daad.de/eu/index.html>

## **DAS PROGRAMM TEMPUS: MODERNISIERUNG DES HOCHSCHULWESENS IN DEN NACHBARLÄNDERN DER EU**

Die Europäische Kommission startet die vierte Phase des Programms TEMPUS, um die Modernisierung des Hochschulwesens in den 28 Partnerländern u.a. aus dem Nahen Osten, Zentralasien und Nordafrika zu unterstützen und stellt gleichzeitig eine Wirkanalyse der vorangegangenen Maßnahmen an weltweit ca. 2000 Hochschulen vor.

[http://ec.europa.eu/education/programmes/tempus/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/education/programmes/tempus/index_en.html)

## **KULTUR**

In der Sitzung des Kulturministerrates am 21.05.2008 standen die Ratsschlussfolgerungen zu dem Thema „Interkulturelle Kompetenzen“ und zum „Kulturarbeitsplan 2008 – 2010“ im Mittelpunkt.

[http://ec.europa.eu/culture/portal/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/culture/portal/index_de.htm)

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

## **PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 19. - 22.05.2008; ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ**

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) traf auf seiner Tagung vom 19. bis 22.05.2008 in Straßburg u. a. Entschlüsse zum Exportverbot von Quecksilber, zum strafrechtlichen Umweltschutz, zum Zwischenbericht Klimaschutz, zur Tiergesundheitsstrategie und zur Verbraucherpolitischen Strategie 2007 bis 2013.

## **DEUTSCHLAND MIT FÜHREND BEI UMWELTBEIHILFEN**

Die Europäische Kommission hat am 21. Mai 2008 ihren Frühjahrsbericht 2008 über staatliche Beihilfen (KOM(2008) 304 endgültig) vorgestellt. Mit einem Anteil staatlicher Umweltbeihilfen von 0,32 % des BIP – im Zeitraum von 2004 - 2006 - nimmt Deutschland nach Schweden (0,77 %) und Dänemark (0,35 %) den dritten Platz ein. Deutschland gewährt mit 7,29 Mrd. € absolut gesehen die meisten Umweltbeihilfen in der EU vor Schweden (2,29 Mrd. €) und dem Vereinigten Königreich (1,20 Mrd. €).

[http://ec.europa.eu/comm/competition/state\\_aid/studies\\_reports/2008\\_spring\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/studies_reports/2008_spring_de.pdf)

## **KONSULTATION ZUR NEUFASSUNG DER RICHTLINIEN ÜBER MEDIZINPRODUKTE UND MEDIZINISCHE GERÄTE**

Die Europäische Kommission hat eine Konsultation zur Neufassung der Richtlinien über Medizinprodukte und medizinische Geräte eingeleitet. Die Frist zur Eingabe von Stellungnahmen endet am 02. Juli 2008.

[http://ec.europa.eu/enterprise/medical\\_devices/recast\\_docs\\_2008/public\\_consultation\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/medical_devices/recast_docs_2008/public_consultation_de.pdf)

## **KOMMISSION ERÖFFNET ONLINE-DATENBANK ZU INHALTSSTOFFEN VON KOSMETIKA**

Die Europäische Kommission hat eine internetbasierte Datenbank zu Inhaltsstoffen von Kosmetika vorgestellt. Durch die Datenbank „CosIng“ (COSmetics INGredients) soll u. a. die Marktüberwachung durch die zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten vereinfacht und es Unternehmen, Behörden und Verbraucherkreisen erleichtert werden, die in Kosmetika verwendeten Stoffe, entsprechend den Vorgaben der Kosmetikrichtlinie 76/768/EEG, zu recherchieren. „CosIng“ soll hierfür regelmäßig aktualisiert werden.

<http://ec.europa.eu/enterprise/cosmetics/cosing/>

## **TELEFONSERVICE UND INFORMATIONSPORTAL DER KOMMISSION UND DER UEFA ZUR FUßBALL-EUROPAMEISTERSCHAFT 2008**

Die Europäische Kommission und der Europäische Fußballverband UEFA haben für die Fußball-Europameisterschaft 2008 ein gemeinsames Informationsportal eingerichtet. Kernstück der Kampagne zum Verbraucherschutz ist ein telefonischer Auskunftsdienst (EU Consumer Helpline), der Fußballfans, die zur EURO 2008 reisen, über ihre Verbraucherrechte aufklären und ihnen bei Schwierigkeiten Hilfe anbieten soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/749&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **KOMMISSION WILL CHLORBEHANDELTES GEFLÜGELFLEISCH ZULASSEN**

Die EU-Kommission hat am 28.05.2008 einen Verordnungsvorschlag zur „vorübergehenden Zulassung der antimikrobiellen Behandlung von Geflügelfleisch in der EU“ angenommen und die Eckpunkte vorgestellt, ohne den Text zu veröffentlichen. Eine Zulassung soll nur für zwei Jahre gelten und die Einfuhr von entsprechend behandeltem Geflügelfleisch aus den USA ermöglichen (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMLF in diesem EB).

Geschäftsbereich LuK- und Medienpolitik

## **GLASFASERNETZAUSBAU                      ENTFACHT                      STREIT                      ZWISCHEN TELEKOMMUNIKATIONSANBIETERN**

Die Europäische Kommission bereitet dem Vernehmen nach neue Leitlinien für Next-Generation-Networks (NGN) vor. Der Fokus liegt dabei auf dem Ausbau der Glasfasernetzinfrastruktur. Ziel soll sein, bis Ende des Jahres eine Einigung über gemeinsame Regelungen zu erreichen.

Mehrere Telekom-Anbieter sowie ETNO, der Branchenverband der etablierten Telekommunikationsunternehmen, fordern dabei, dass dem Ansatz der konkurrierenden Netze gefolgt werden sollte, so wie er auch bei den Mobilfunknetzen angewandt wird.

Vorschlag der Kommission im Rahmen des Reformpakets für den Rechtsrahmen Telekommunikation:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecomm/doc/library/proposals/dir\\_better\\_regulation\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/doc/library/proposals/dir_better_regulation_en.pdf)

Bericht im Industrieausschuss (ITRE) zum Telekompaket:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-398.542+02+DOC+PDF+V0//EN&language=EN>

### **ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG ZUR EU-ROAMING-VERORDNUNG GESTARTET**

Die Kommission startete am 7. Mai 2008 ein öffentliches Konsultationsverfahren mit 39 Einzelfragen über die Auswirkungen der EU-Roaming-Verordnung seit ihrem Inkrafttreten am 30. Juni 2007. Grundlage ist eine in der Verordnung festgelegte Verpflichtung der Kommission, Parlament und Rat noch 2008 Bericht zu erstatten.

Die Kommission ruft die Beteiligten auf, zu bestimmten konkreten Fragen Stellung zu nehmen. Dazu gehört „unfreiwilliges Roaming“ (eine unabsichtliche Nutzung von ausländischen Netzen in Grenznähe), Auswirkungen auf kleine Anbieter und deren Preisstruktur und der Vergleich tatsächlich verbrauchter und in Rechnung gestellter Telefonieinheiten.

Veröffentlichung des Konsultationsverfahrens:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/718&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION SENDET LETZTE MAHNUNG AN SPANIEN WEGEN VERSTOß GEGEN BESCHRÄNKUNGEN BEI FERNSEHWERBUNG**

Die Kommission hat gegen Spanien wegen Verletzung der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ am 6. Mai 2008 die letzte Stufe eines seit Juli 2007 laufenden Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet. Ein Kontrollbericht ergab, dass die erlaubten zwölf Minuten Werbung pro Stunde Fernsehprogramm von Mai 2005 bis Juli 2006 regelmäßig überschritten wurden.

Presseerklärung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/700&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **KOMMISSION SENDET LETZTE MAHNUNG AN BELGIEN WEGEN MUST-CARRY-VORSCHRIFTEN**

Die Kommission hat gegen Belgien aufgrund unzureichender Umsetzung der EU-Universaldienstrichtlinie bei der Übertragung von Rundfunk in der Region Brüssel-Hauptstadt die letzte Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet.

Presserklärung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/699&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>